

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 9

Artikel: Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Schweiz
Autor: Lang, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331095>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

MAI 1932

HEFT 9
11. JAHRGANG

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Die Anfänge der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Schweiz.

Von *Otto Lang*.

I.

Der erste Gründungsversuch.

In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts finden wir in der Schweiz folgende Arbeiterorganisationen: als älteste den 1838 gegründeten Schweizerischen *Grütliverein*. Er zählte in etwa 100 Sektionen 4000 Mitglieder, unter denen freilich das kleinbürgerliche Element stärker vertreten war als das proletarische. Sein Vereinsorgan, der «Grütlianer», erschien wöchentlich einmal. Was der Grütliverein für die schweizerische Arbeiterschaft war, das war für die zahlreichen deutschen Handwerksgesellen die «Centralisation der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz», die seit dem Jahre 1862 als ihr Vereinsorgan das «Felleisen» herausgab. Die Zahl der deutschen Arbeitervereine belief sich auf etwa 50, die Zahl ihrer Mitglieder mag 3000 betragen haben. Außer diesen beiden Zentralverbänden existierten zahlreiche «Fachvereine» und Gewerkschaften, von denen sich aber nur diejenigen der Typographen zu einem Landesverband zusammengeschlossen hatten. Nach der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation (London 1864) bildeten sich in der Schweiz zahlreiche «internationale Sektionen». Die Sektionen der Schweiz, Deutschlands und Oesterreichs bildeten die «Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation», die ihren Sitz in Genf hatte und unter dem Titel «Der Vorbote, politische und sozialökonomische Monatsschrift» seit 1866 ein eigenes Organ herausgab. Redakteur war der unermüdliche Joh. Ph. Becker.

Auch die Gewerkschaften und die Sektionen der Internationalen zählten Schweizer zu Mitgliedern. Groß war ihre Zahl indes nicht. Was manche Schweizer namentlich vom Beitritt zu einer

internationalen Sektion abgehalten haben mag, war die starke Betonung des internationalen Charakters, sodann der Umstand, daß sich im Rahmen der Internationale keine Gelegenheit zur politischen Betätigung, sei es auf eidgenössischem, sei es auf kantonalem Gebiete, bot, während doch hier wie dort wichtige Fragen zur Entscheidung drängten. Vor allem war es die Totalrevision der Bundesverfassung von 1848, die die Gemüter stark beschäftigte.

Ende der sechziger Jahre traten einige Zürcher Genossen, an deren Spitze sich der damals 27jährige Herman Greulich stellte, mit dem Vorschlag der Gründung einer schweizerischen sozialdemokratischen Partei und eines Parteiblattes, der «Tagwacht», vor die Oeffentlichkeit. Am 11. Dezember 1869 erschien eine Probenummer mit dem Entwurf eines Parteiprogramms und der Parteistatuten.

Wacht auf, wacht auf, die «Tagwacht» ruft,
Der Tag beginnt zu grauen —

rief Greulich in einem Gedicht den Arbeitern zu. Am 5. Januar 1870 begann die «Tagwacht» zu erscheinen, monatlich zweimal. Der Abonnementspreis betrug vierteljährlich 40 Rappen. Am 13. März 1870 fand in Zürich ein Kongreß statt, an dem das von der «Tagwacht» vorgeschlagene Programm und die Statuten mit kleinen Abänderungen angenommen wurden. Besucht war der Kongreß von 28 Delegierten aus den vier Städten Zürich, Winterthur, Bern und Basel. Die Statuten gestatteten den Beitritt zur Partei jedem, «der seine Zustimmung zum Parteiprogramm erklärt, ohne Unterschied des Berufs, Alters und Geschlechts» — also auch den Ausländern. Die Leitung der Partei wurde einem Parteikomitee übertragen, das seinen Sitz in Zürich haben und von den Zürcher Genossen gewählt werden sollte. Für die «Tagwacht» war ein wöchentliches Erscheinen in Aussicht genommen, sofern bis Anfang April 1870 die Zahl der Abonnenten auf 1000 ansteige.

Um es gleich vorwegzunehmen: diese erste sozialdemokratische Partei ist nie zum Leben erwacht. Auf den 12. April 1870 wurde ins «Alte Schützenhaus» — es befand sich in der Nähe des Hauptbahnhofes und diente der Demokratischen Partei und der Arbeiterschaft als oft benütztes Versammlungslokal — eine Parteiversammlung zum Zwecke der Wahl des Zentralkomitees ausgeschrieben. Diese Versammlung war so schwach besucht, daß man es vorzog, die Wahl zu verschieben, das provisorische Komitee bis zum September 1870 mit der Weiterführung der Geschäfte zu betrauen. Die Zahl der «Tagwacht»abonnenten blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Um die Kosten zu vermindern, erschienen vier Nummern nur im Umfang von zwei Seiten. Das monatliche Honorar Greulichs für die Redaktion und Expedition des Blattes betrug Fr. 30.—!

Um diese Dinge zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß nicht nur die Zahl der Fabrikarbeiter damals noch eine sehr kleine war, sondern daß dieselben auch jeder politischen Schulung entbehrten und sich bei weitem nicht so gut auf ihr Klasseninteresse verstanden wie die Angehörigen der bürgerlichen Parteien. Eine Tatsache sei angeführt, die den damaligen Stand der politischen Einsicht beleuchtet: am 24. April 1870 gelangte im Kanton Zürich ein Gesetz zur Abstimmung, das die Arbeitszeit in den Fabriken für erwachsene Arbeiter auf 12 Stunden beschränkte, für Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren auf 6 Stunden. Das Gesetz wurde mit 26,981 gegen 18,289 Stimmen verworfen: in der Hauptsache waren es die industriellen Gemeinden mit starker Arbeiterbevölkerung, welche von diesem Gesetze nichts wissen wollten. Von den 1400 Stimmberechtigten der Gemeinde Außersihl beteiligten sich nur 237 an der Abstimmung, von denen 113 ein Ja und 123 ein Nein in die Urne legten. Die Erklärung für den Mißerfolg dieser ersten Parteigründung muß indes noch an einem andern Orte gesucht werden: es hatten sich offenbar in Zürich nicht die Leute gefunden, die sich für die organisatorische Kleinarbeit eigneten, welche zur Pflege und Förderung der ohnedies mit wenig Lebenskraft ausgestatteten jungen Partei erforderlich war. Auch die Stärke Herman Greulichs lag nicht auf diesem Gebiete. Er leistete ganz Hervorragendes in der geistigen Führung der Partei und ihres Blattes: beim Durchblättern der «Tagwacht», die er während zehn Jahren betreute, erstaunt man immer wieder über die theoretische Klarheit, mit der er jedes neu auftauchende Problem behandelte; in den Grundsätzen des wissenschaftlichen Sozialismus hatte er seinen Kompaß, der es ihm ermöglichte, die «Tagwacht» sicher durch alle Wirrnisse der Tagespolitik zu steuern und den sicheren Kurs zu verfolgen, den «Grütlianer» und «Felleisen» — im Gegensatze zum «Vorboten» — so häufig vermissen ließen. Leider aber standen ihm die Genossen nicht zur Seite, die die Arbeit übernommen hätten, die er nicht zu leisten vermochte.

Also: die neugegründete Partei erwies sich nicht als lebensfähig. Unverzagt rührte Greulich in der «Tagwacht» die Trommel; aber mit dem Häuflein, das sich um ihn sammelte, konnte man keine Festung stürmen.

Nun tauchte, gleichzeitig an verschiedenen Orten, eine neue organisatorische Idee auf: war es nicht endlich angezeigt, die zahlreichen in der Schweiz bestehenden Arbeitervereine in einem großen Verbandsverbande zusammenzufassen, die zersplitterten Kräfte zu vereinigen und dadurch den Arbeitern mehr politischen Einfluß zu verschaffen und ihre Werbekraft zu erhöhen? Die Gewerkschaften standen im Kampf um den 10-Stunden-Tag; er wurde zur politischen Forderung erhoben, die durch ein eidgenössisches Gewerbegesetz für die ganze Schweiz erfüllt wer-

den sollte. Und der Revision der Bundesverfassung, um welche der Kampf immer lebhafter entbrannte, durfte die Arbeiterschaft nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Im August 1871 veröffentlichte der Internationale Arbeiterverein Zürich in der «Tagwacht» den Entwurf eines Statutes für einen Arbeiterbund, der aus den Mitgliedern der sich dem Bunde anschließenden Vereine und Genossenschaften bestehen und die «Tagwacht» als Parteiorgan übernehmen sollte. Die Genfer beschlossen ebenfalls, «mit allen Kräften die möglichst rasche Gründung eines allgemeinen schweizerischen Arbeitervereins, aus Lokal- und Kantonalvereinen zusammengefaßt, zu bewirken, um sowohl in den Gemeinden wie in der Kantons- und Bundesgesetzgebung den der Arbeiterklasse gebührenden Einfluß ausüben zu können».

Nun erhob sich ein unerfreulicher Streit darüber, wie der naheliegende Gedanke der Zusammenfassung der zahlreichen Vereine verwirklicht werden sollte.

Die Deutsch redenden Sektionen der Internationalen Arbeiterassoziation von Basel, Herisau, Luzern, Rorschach, Uster und Zürich beschließen im Oktober 1872, aus der von Joh. Phil. Becker geleiteten «Deutschen Sprachgruppe» auszutreten und einen «schweizerischen Landesbund der Internationalen Arbeiterassoziation» zu bilden, dem die «Tagwacht» als Organ dienen soll. Diesem Vorschlag tritt der Zentralausschuß der Gewerkschaften des Bezirkes Zürich entgegen. Er will eine neue Partei gründen, die «in Bundes- und Kantonalangelegenheiten mit der Demokratischen Partei zusammengehen soll». Ferner schlägt der Zürcher Zentralausschuß — in dem offenbar ein paar eifrige Stänkerer ihr Wesen trieben — vor, ein neues Blatt, den «Sozialrepublikaner» zu gründen, das an die Stelle der «Tagwacht» und des «Felleisen's» zu treten hätte. Die Delegiertenversammlungen vom 9. und 16. November 1872 stimmen diesen, von der «Tagwacht» aus guten Gründen bekämpften Vorschlägen zu und nehmen einen allgemeinen Arbeiterkongreß in Aussicht, der auf Ostern nach Zürich einberufen werden soll. Gegen dieses Vorgehen des Zürcher Zentralausschusses erhebt sich lebhafter Widerspruch. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Basel mißbilligt den eigenmächtigen Schritt der Zürcher, deren Vorschläge nicht annehmbar seien. Schaffhausen, Winterthur, Herisau und Genf schließen sich dem Proteste an. Das Zentralkomitee der «Deutschen Sprachgruppe der IAA. in der Schweiz», die sich mittlerweile konstituiert hatte, polemisiert ebenfalls gegen den Zürcher Zentralausschuß und das von ihm ausgearbeitete Projekt. Der letztere hält aber starrköpfig daran fest, daß der Kongreß in Zürich stattfinden müsse; die Vereine, die sich für Olten entschieden, «hätten das nur auf Wühlerei der Zürcher Internationalen Sektion getan».

Der unerquicklichen Diskussion bereiteten die Genfer Ar-

beiter im März 1873 durch eine Tat ein Ende. Sie lehnen den Zürcher Kongreß ab und bestellen ein Organisationskomitee, das alle Vorarbeiten für einen nach *Olten* einzuberufenden allgemeinen schweizerischen Arbeiterkongreß zu treffen hat. Nun erst geben die Zürcher ihr Spiel verloren und verzichten auf weitere Quertreibereien.

Zu Pfingsten 1873 findet in Olten der erste schweizerische Arbeitertag statt. Wie das Erscheinen der «Tagwacht», begrüßt auch ihn Greulich mit einem Gedicht:

Wir grüßen dich, du Tag des ernstesten Strebens,
Du Pfingstentag mit deinem Glockenklang,
Du schönes Fest, an dem der Kampf des Lebens
Die Brüder eint, die, ach, getrennt so lang.
Wir woll'n zusammentreten,
Ein ernst Gebet zu beten,
Ein Kraftgebet: Erlösung aus der Not,
Ein Sturmgebet der Arbeit für ihr Brot!

An dem Kongreß nahmen 80 Delegierte aus 27 Ortschaften teil. Der Schweizerische Grütliverein war durch vier Delegierte vertreten. Einstimmig wurde die Gründung eines schweizerischen Arbeiterbundes beschlossen. Der Arbeiterbund übernahm samt dem Defizit von 750 Franken die «Tagwacht», die nun zweimal wöchentlich erschien.

Der Schweizerische Arbeiterbund war nicht als politische Partei, also auch nicht als Ersatz für die ohne Todeskampf und Schmerzäußerungen dahingeschwundene Sozialdemokratische Partei gedacht. Er rechnet zwar von allem Anfang an auf den Beitritt nicht nur der Gewerkschaften, sondern auch der Grütlivereine, der internationalen Sektionen und der deutschen Arbeiterbildungsvereine. Seine Hauptaufgabe erblickte er laut seinem Arbeitsprogramm aber doch in der Wahrung der allgemeinen Klasseninteressen der Arbeiterschaft. Das schloß natürlich nicht aus, daß der Arbeiterbund sich auch an politischen Aktionen beteiligte, die der Durchsetzung unbestrittener Forderungen der Arbeiterschaft galten, wie zum Beispiel der Annahme des Fabrikgesetzes von 1877, für die der Arbeiterbund mit Begeisterung eintrat. Aber Entscheidungen in politischen Fragen sollte er nicht treffen. Dafür hielt er sich nicht für geeignet, weil die Ausländer im Arbeiterbund ein sehr starkes Kontingent stellten, vielleicht sogar die Mehrheit ausmachten, und die Schweizer große Empfindlichkeit an den Tag legten, wenn deutsche Genossen in politischen Fragen das Wort ergriffen oder gar Entscheidungen herbeiführen wollten.

Dagegen war von Anfang an die Gründung einer «landespolitischen Gruppe» innerhalb des Arbeiterbundes in Aussicht genommen, die aus den schweizerischen Mitgliedern aller dem Arbeiterbund angeschlossenen Vereine und Gewerkschaften ge-

bildet werden und die Führung in der politischen Bewegung übernehmen sollte. Diese einleuchtende Idee wurde schon vor dem Kongreß in einer Einsendung aus Winterthur entwickelt: Wenn auch der Arbeiterbund seine dringendste Aufgabe in der Förderung der gewerkschaftlichen Bewegung erblicke, so müsse er daneben doch die Organisation einer nur aus Schweizern gebildeten landespolitischen Arbeiterpartei im Auge behalten. Könne auch eine Einigung über ein umfassendes politisches Programm noch nicht erzielt werden, so sei doch eine Verständigung über wichtige Forderungen leicht möglich. Dahin gehöre die Einführung eines allgemeinen Schweizerbürgerrechts, die Zentralisation im Militärwesen, der Proporz, die Trennung von Kirche und Staat, der obligatorische, unentgeltliche weltliche Volksschulunterricht, Vereinheitlichung des Zivil- und Strafrechts.

II.

Der Schweizerische Arbeiterbund und die zweite Gründung der Sozialdemokratischen Partei.

Es war nicht zu verkennen, daß der Arbeiterbund nach seiner Zusammensetzung sich wohl zur Wahrung der allgemeinen proletarischen Interessen und zur Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft eigne, daß er aber nicht imstande sei, der politischen Bewegung neuen Impuls zu geben und für die sozialdemokratischen Anschauungen zu werben. Schon der zweite Kongreß des Arbeiterbundes — Pfingsten 1874, Winterthur — kam deshalb auf die Idee der Gründung einer «landespolitischen Gruppe» zurück, welcher die Aufgabe zugewiesen werden sollte, «mittels selbständiger Tätigkeit die Forderungen der Arbeiter in den verschiedenen Zweigen der Gesetzgebung auf kantonalem und eidgenössischem Gebiete zur Geltung zu bringen». Der Kongreß faßte einstimmig den Beschluß: «Innerhalb des Schweizerischen Arbeiterbundes bildet sich aus den dem Bunde angehörigen Schweizerbürgern eine landespolitische Gruppe. Die Sektion Glarus wird beauftragt, für diese Gruppe Statuten und ein Programm zu entwerfen und dem nächsten Kongresse vorzulegen.»

Diese Idee war praktisch und unschwer auszuführen. Wenn sie trotzdem nie verwirklicht wurde, lag der Grund ausschließlich in der Unbehilflichkeit und der mangelhaften politischen Schulung jener Generation.

An den nächsten beiden Kongressen, von denen der eine 1875 in Basel, der andere 1876 in Bern stattfand, scheint man sich des der Sektion Glarus überbundenen Auftrages nicht mehr erinnert zu haben. Jedenfalls wurde von keiner Seite Auskunft über den Stand der Vorarbeiten verlangt. Der Berner Kongreß betonte aber neuerdings die Notwendigkeit der Schaffung einer

landespolitischen Gruppe und beauftragte Basel, dem nächsten Kongreß einen Statutenentwurf vorzulegen.

Die Basler Genossen waren gewissenhafter als die Glarner. Im Januar 1877 veröffentlichten sie einen Statutenentwurf, der folgende zweckmäßige Lösung vorschlug: Der Gruppe gehören alle schweizerischen Mitglieder des Arbeiterbundes an; an der Spitze steht ein Zentralaussschuß, dessen Wahl dem vom Kongreß bezeichneten Vorort übertragen wird; für die Ausgaben der Gruppe kommt der Arbeiterbund auf, so daß keine besonderen Beiträge bezogen werden müssen. Dieser Vorschlag, der sich auch durch seine Einfachheit empfahl, hätte wohl auf Annahme rechnen dürfen, wenn er vom Bundeskomitee des Arbeiterbundes unterstützt worden wäre. Statt dessen machte es einen sehr unglücklichen Gegenvorschlag; danach sollte der Arbeiterbund als schweizerische Sozialdemokratische Partei gelten und das Bundeskomitee auch die Leitung der Partei besorgen. Die Schweizer sollten ihr als Aktivmitglieder, die Ausländer als Passivmitglieder angehören! In der vom Bundeskomitee angeordneten Urabstimmung verwarf der Arbeiterbund beide Vorschläge in der Meinung, daß vorerst die ganze Angelegenheit am nächsten Kongreß besprochen und abgeklärt werden solle, und zwar unter Beizug von Delegierten des Schweizerischen Grütlivereins. Dieser Kongreß fand zu Pfingsten 1877 in Neuenburg statt. Er entschied sich für eine Lösung, die erst am Kongreß vorgeschlagen und von allen anwesenden Delegierten des Grütlivereins gebilligt wurde. Sie lautete:

1. Arbeiterbund und Grütliverein bilden die Grundlagen der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei.
2. Oberstes Organ der Partei ist eine Zentralkommission, welche von den am Vororte befindlichen Sektionen des Grütlivereins und des Arbeiterbundes gewählt wird.
3. Die Zentralkommission steht in Verbindung mit dem Zentralkomitee des Grütlivereins und dem Bundeskomitee des Arbeiterbundes und überweist ihre Beschlüsse den beiden Komitees zur Ausführung.

Vorgesehen war, daß diese Grundsätze zunächst von beiden Verbänden, dem Grütliverein und dem Arbeiterbund, der Urabstimmung unterbreitet werden und daß im Falle ihrer Annahme die Berner Genossen Statuten und ein Programm ausarbeiten sollten. Zu dieser Urabstimmung kam es aber nicht. Was den Delegierten des Grütlivereins in der gehobenen Stimmung des Neuenburger Kongresses als leicht durchführbar erschienen war, flößte ihnen nachträglich Bedenken ein. Anstoß nahmen sie vor allem daran, daß die zu gründende Partei dem Grütliverein übergeordnet werden sollte. Im November 1877 traten in Bern Vertreter des Arbeiterbundes und des Grütlivereins zusammen, um einen neuen Vorschlag auszuarbeiten,

der jenen Bedenken Rechnung trug. Zunächst stellte die Konferenz ein Programm auf, das dem deutschen Eisenacher Programm nachgebildet war und den Satz enthielt: «Da die Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn sie gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, vereinigen sich der Schweizerische Grütliverein und der Schweizerische Arbeiterbund *unter Wahrung der Selbständigkeit* zu einer Sozialdemokratischen Partei der Schweiz.» In Wahrheit dachte man aber gar nicht an eine Vereinigung, sondern nur an eine Erleichterung der Zusammenarbeit der beiden Verbände. Zu diesem Zwecke sollte folgende Vereinbarung getroffen werden: «Das Zentralkomitee des Grütlivereins steht mit dem Bundeskomitee des Arbeiterbundes in Korrespondenz. Bei wichtigeren Fragen bilden beide Komitees durch Delegierte eine gemeinsame Kommission, die im Namen der Sozialdemokratischen Partei handelt.» Daran schloß sich die Aufforderung an die Sektionen des Grütlivereins und des Arbeiterbundes, sich in Bezirks- und Kantonalverbänden «behufs gemeinsamer politisch-sozialer Wirksamkeit zusammenzuschließen». In der «Tagwacht» setzte Greulich auseinander, daß und warum jeder weitergehende Vorschlag beim Grütliverein auf Widerstand stoßen würde. Es sei klüger, das zur Zeit Mögliche rasch zu verwirklichen, um dann in gemeinsamer Arbeit sich gegenseitig näherzukommen.

Das war nun freilich ein dürftiges Ergebnis der siebenjährigen Bemühungen; im Grunde genommen brachten diese Anträge die Arbeiterschaft dem Ziel der Schaffung einer aktionsfähigen Sozialdemokratischen Partei um keinen Schritt näher. Nun geschah aber das Unerwartete: Der Grütliverein lehnte an seiner Delegiertenversammlung, Pfingsten 1878, in Luzern den «Allianzvertrag» ab — nicht etwa nur mit einem Zufallsmehr; für die Annäherung an den Arbeiterbund, und um mehr handelte es sich nicht, sprachen sich nur 28 Delegierte aus, 119 verwarfen sie. Das war für den Arbeiterbund eine schwere Enttäuschung, die nur wenig durch den Hinweis darauf gemildert wurde, daß der Grütliverein schon im Jahre 1873 sich bereit erklärt hatte, mit dem Arbeiterbund gemeinsame Aktionen durchzuführen. Greulich hatte in der «Tagwacht» wiederholt die Erwartung ausgesprochen, daß die Erfahrungen, welche die Arbeiterschaft im Kampfe um das vom Unternehmertum leidenschaftlich angefeindete Fabrikgesetz gemacht hatte, die kleinbürgerliche Ideologie aus den Köpfen der Lohnarbeiter vertreiben und sie zur Erkenntnis ihrer Klasseninteressen erziehen werden. Dieser Anschauungsunterricht hatte jedenfalls bei vielen Grütlianern versagt; sie schenkten den Warnungen der bürgerlichen Presse vor dem von Ausländern durchgesetzten Arbeiterbund mehr Gehör als ihren Klassengenossen. Daß die gleiche Delegiertenversammlung, die den Allianzvertrag verwarf, dem von der Berner Konferenz aufgestellten sozialdemo-

kratischen Programm ihre Zustimmung gab, bedeutete deshalb wenig, weil dieser Beschluß den Grütliverein zu nichts verpflichtete.

Alle Versuche, die schon zur Zeit der Gründung des Arbeiterbundes in Aussicht genommene «landespolitische Gruppe» ins Leben zu rufen, waren also mißlungen. Aber auch die Erfolge, welche der Arbeiterbund auf seinem eigentlichen Tätigkeitsfeld erzielt hatte, waren mehr als bescheiden. Weder äußerlich noch innerlich war der Bund erstarkt. Die Zahl seiner Mitglieder, die sich in der besten Zeit auf 7000 belaufen haben mag, ging auf etwa 5000 zurück, von denen nur 3000 ihre Beiträge bezahlten. An den Urabstimmungen beteiligten sich von den 130 oder 140 Sektionen selten mehr als die Hälfte, manchmal nicht einmal ein Drittel. Die «Tagwacht» brachte es nie auf mehr als 2200 Abonnenten, eine Auflage, bei der es nicht gelang, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. An jedem Kongreß wiederholte sich die ärgerliche Diskussion über die Deckung des «Tagwacht»defizites. Der Arbeiterbund wäre wohl zusammengebrochen, wenn nicht der von nur 24 Delegierten besetzte Kongreß von 1880 in Olten seine Auflösung beschlossen hätte. An seine Stelle trat eine rein gewerkschaftliche Organisation, der «Schweizerische Gewerkschaftsbund». Die «Tagwacht» stellte Ende 1880 ihr Erscheinen ein. Sie wurde ersetzt durch die «Arbeiterstimme», deren Redaktion anfänglich August Herter, später Konrad Conzett besorgte. Das Büro des Kongresses gab in einem Kreisschreiben den Mitgliedern des Arbeiterbundes Kenntnis von diesen Beschlüssen und von den Erwägungen, von denen der Kongreß sich hatte leiten lassen: für rein politische Angelegenheiten empfehle der Kongreß den schweizerischen Mitgliedern die Gründung einer schweizerischen sozialistischen Partei. «Die am Kongreß anwesenden Schweizer Delegierten haben denn auch sofort in diesem Sinne die Initiative ergriffen und sich sowohl auf einen Organisationsplan geeinigt als auch vorläufig gegenseitige Verbindungen angeknüpft.» Es vergingen aber wiederum acht Jahre, bis eine wirklich lebensfähige Partei erstand.

Greulich trennte sich nicht ohne Bitterkeit von seinem Werke. Wie er in der ersten Nummer der «Tagwacht» deren Leser mit einem Gedichte begrüßt hatte, so nahm er jetzt mit einigen Versen auch Abschied von ihnen. Es war jedoch eine andere Stimmung, die ihn jetzt erfüllte.

Nun aber bin ich müd vom Kampfe;
Es rücken frische Streiter nach.
Wohl ist mein Mut noch nicht gebrochen,
Nein, nur der müde Arm mir brach.
Drum schlag ein Jüng'rer jetzt die Wirbel,
Ein Jüng'rer halte nun Tagwacht.
Ein Posten ist vakant, wohlan denn:
«Arbeiterstimme», halte Wacht!

Jeden Kongreß hatten die Delegierten benützt, um an der Schreibweise Greulichs Kritik zu üben und ihn für den niedrigen Abonnentenstand verantwortlich zu machen. Der Gehalt, den Greulich für die Redaktion und Expedition der «Tagwacht» bezog, belief sich, auch als sie zweimal wöchentlich erschien, auf Fr. 1800.— und wurde erst im Jahre 1877 auf Fr. 2000.— erhöht. Er mußte ausreichen für den Unterhalt einer achtköpfigen Familie. Die Frage liegt nahe, ob nicht schon diese kärgliche Entlohnung den Kritikern etwas mehr Zurückhaltung hätte auferlegen sollen. Ganz grundlos war die Kritik nicht. Aber unbillig war sie deshalb, weil sie das Wertvolle an Greulichs Redaktionsführung übersah: die grundsätzliche und korrekte Haltung des Blattes, die die junge Partei vor Irrwegen bewahrte und allem politischen Geflunker, das so oft in den Spalten des «Grütliäners» und des «Felleisens» sein Wesen trieb, den Garaus machte.

Demokratie und Partei.

Zur Willensbildung und Aktivität der Massen.

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

Seit Jahrzehnten kämpft man in den modernen Staaten um die Demokratie. Die Herrschaft des Volkes gilt als etwas Erstrebenswertes, als etwas für den Aufstieg der Menschheit Notwendiges.

Ganz sicher ist, daß nur ein Volk, bei dem *möglichst viele Anteil am Geschehe der Gemeinschaft* nehmen, sich höher entwickeln kann. Der Aufstieg zu einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung geht ganz sicher über das Volk selbst. Der Aufstieg zu einer höheren Kultur kann auf die Dauer nicht das Werk eines gütigen Monarchen oder einer kleinen, wohlgesinnten Minderheit sein. Leider sind wir aber in den modernen Staaten noch nicht so weit, daß man von einer demokratischen Durchbildung der Völker sprechen kann. *Der Kapitalismus hat alles getan, um das demokratische Empfinden abzubauen und an Stelle des denkenden Volkes das Diktat der wirtschaftlichen und politischen Machthaber zu setzen.* Im Dienste des Kapitalismus arbeitet in der *bürgerlichen* Demokratie der Staatsapparat. So ist es nicht verwunderlich, daß unter Umständen gegen den klaren Willen des Volkes oder des Parlamentes einzelne Verwaltungsinstanzen entscheiden. Beschlüsse, die den Herrschaften nicht passen, werden anders interpretiert oder einfach sabotiert.

Die Entwicklung im modernen kapitalistischen Staat führt zum fortwährenden Abbau demokratischer Rechte und richtet sich gegen das demokratische Empfinden des Volkes überhaupt. Die